

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
(16. Ausschuss)**

- 1. zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Peter Paziorek, Cajus Caesar, Marie-Luise Dött, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/4887 –**

**zur Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung
6. Weltklimakonferenz – Chancen für mehr Klimaschutz**

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Birgit Homburger, Marita Sehn, Ulrike Flach, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 14/4890 –**

Agenda für eine Initiative Deutschlands zum internationalen Klimaschutz

- 3. zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrike Flach, Birgit Homburger, Rainer Brüderle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 14/1234 –**

Solarbericht

A. Problem

Mit dem Entschließungsantrag auf Drucksache 14/4887 soll die Bundesregierung u.a. aufgefordert werden, die Fortsetzung der 6. Vertragsstaatenkonferenz zur Klimarahmenkonvention in Bonn im Juli 2001 sorgfältigst vorzubereiten und durch ein hohes Maß und Mehr an Flexibilität und Durchsetzungskraft zum Erfolg werden zu lassen.

Mit dem Antrag auf Drucksache 14/4890 soll die Bundesregierung u.a. aufgefordert werden, unverzüglich bilaterale Verhandlungen mit den Regierungen der europäischen Nachbarländer mit dem Ziel aufzunehmen, mögliche Kompromisslinien für den internationalen Klimaschutz zu finden.

Mit dem Antrag auf Drucksache 14/1234 soll die Bundesregierung aufgefordert werden, jährlich über Forschung, Umsetzung und Perspektiven der Solarenergieversorgung zu berichten.

B. Lösung

Ablehnung der Anträge mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. und bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS bei der Abstimmung zum Antrag auf Drucksache 14/4887.

Der Ausschuss ist mehrheitlich der Auffassung, die Bundesregierung bereite die kommenden Verhandlungen zur Klimarahmenkonvention in Bonn mit großem Einsatz vor. Einer zusätzlichen Aufforderung durch den Deutschen Bundestag bedürfe es deshalb nicht. Auf Dauer einen jährlichen Bericht zur Solarenergieversorgung zu fordern, sei wegen des damit verbundenen Aufwandes abzulehnen.

C. Alternativen

Annahme der Anträge.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Entschließungsantrag auf Drucksache 14/4887 abzulehnen,
2. den Antrag auf Drucksache 14/4890 abzulehnen,
3. den Antrag auf Drucksache 14/1234 abzulehnen.

Berlin, den 9. Mai 2001

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Winfried Hermann
stellv. Vorsitzender

Monika Ganseforth
Berichterstatterin

Bernward Müller (Jena)
Berichterstatter

Dr. Reinhard Loske
Berichterstatter

Birgit Homburger
Berichterstatterin

Eva-Maria Bulling-Schröter
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Monika Ganseforth, Bernward Müller (Jena), Dr. Reinhard Loske, Birgit Homburger und Eva-Maria Bulling-Schröter

I.

Der Entschließungsantrag auf Drucksache 14/4887 und der Antrag auf Drucksache 14/4890 wurden in der 140. Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. Dezember 2000 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen. Der Antrag auf Drucksache 14/4890 wurde darüber hinaus zur Mitberatung an den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ver-

kehr, Bau- und Wohnungswesen und den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

Der Antrag auf Drucksache 14/1234 wurde in der 146. Sitzung des Deutschen Bundestages am 25. Januar 2001 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sowie den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen überwiesen.

Die mitberatenden Ausschüsse haben zu den Anträgen wie folgt votiert:

	Drucksache 14/4887	Drucksache 14/4890	Drucksache 14/1234
Rechtsausschuss	-	Ablehnung SPD: - CDU/CSU: + BÜ90/GR.: - F.D.P.: + PDS: -	-
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie	-	Ablehnung SPD: - CDU/CSU: + BÜ90/GR.: - F.D.P.: + PDS: -	Ablehnung SPD: - CDU/CSU: - BÜ90/GR.: - F.D.P.: + PDS: +
Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	-	Ablehnung SPD: - CDU/CSU: + BÜ90/GR.: - F.D.P.: + PDS: -	Ablehnung SPD: - CDU/CSU: + BÜ90/GR.: - F.D.P.: + PDS: +
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	-	Ablehnung SPD: - CDU/CSU: 0 BÜ90/GR.: - F.D.P.: + PDS: /	-
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union	Ablehnung SPD: - CDU/CSU: + BÜ90/GR.: - F.D.P.: 0 PDS: -	Ablehnung SPD: - CDU/CSU: + BÜ90/GR.: - F.D.P.: + PDS: -	-

+ = Zustimmung; - = Ablehnung; 0 = Stimmenthaltung; / = Abwesenheit

II.

Mit dem Entschließungsantrag auf Drucksache 14/4887 soll die Bundesregierung u. a. aufgefordert werden, die Fortsetzung der 6. Vertragsstaatenkonferenz zur Klimarahmenkonvention in Bonn im Juli 2001 sorgfältigst vorzubereiten und durch ein hohes Maß und Mehr an Flexibilität und Durchsetzungskraft zum Erfolg werden zu lassen.

Mit dem Antrag auf Drucksache 14/4890 soll die Bundesregierung u. a. aufgefordert werden, unverzüglich bilaterale Verhandlungen mit den Regierungen der europäischen Nachbarländer mit dem Ziel aufzunehmen, mögliche Kompromisslinien für den internationalen Klimaschutz zu finden. Weiter sollen in bilateralen Sondierungsgesprächen mit den Regierungen der sog. Umbrella-Gruppe in Den Haag strittig gebliebene Sachverhalte erörtert sowie tragfähige Kompromissvorschläge erarbeitet werden.

Mit dem Antrag auf Drucksache 14/1234 soll die Bundesregierung aufgefordert werden, jährlich über Forschung, Umsetzung und Perspektiven der Solarenergieversorgung zu berichten.

III.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktor - sicherheit** hat alle drei Anträge gemeinsam in seiner Sitzung am 9. Mai 2001 beraten.

Von Seiten der **Vertreterin der Bundesregierung** wurde ausgeführt, nach dem ergebnislosen Abbruch der Verhandlungen der 6. Vertragsstaatenkonferenz zur Klimarahmenkonvention in Den Haag sei nun eine Nachfolgekonzferenz vom 16. bis 27. Juli 2001 in Bonn, dem Sitz des Sekretariats dieses Übereinkommens, vereinbart worden. Durch die Erklärung der neuen Regierung der USA zum Kyoto-Protokoll habe diese Konferenz besondere Bedeutung bekommen. Allerdings sei auch deutlich geworden, dass die USA den Verhandlungsprozess nicht blockieren wollten. Man selbst sei der Auffassung, dass es keine Alternative zum Kyoto-Protokoll gebe. In den letzten Monaten seien zur Vorbereitung der Konferenz in Bonn insbesondere sehr viele bilaterale Gespräche geführt worden. Ziel der dortigen Verhandlungen müsse es sein, dass die in Kyoto gefassten Beschlüsse nicht ins Gegenteil verkehrt würden, sondern am Ende eine reale Emissionsminderung erreicht werde. Man hoffe, die Verhandlungen in Bonn so zum Abschluss bringen zu können, dass das Kyoto-Protokoll bis zum Jahre 2002 auch wirklich in Kraft treten könne und damit die Grundlage für die weiteren Verpflichtungsperioden in den kommenden Jahrzehnte geschaffen werde.

Von Seiten der **Fraktion der SPD** wurde vorgetragen, in Deutschland gebe es die gute Situation, dass alle Parteien und auch die wesentlichen gesellschaftlichen Gruppen sich für den Klimaschutz aussprächen. Was die vorliegenden Anträge anbelange, so halte man es im internationalen Kontext für wenig hilfreich, die eigene Regierung scharf zu kritisieren, wie dies im Antrag der Fraktion der F.D.P. vorgenommen werde. Auch die im Antrag der Fraktion der CDU/CSU enthaltene Formulierung des Scheiterns der Verhandlungen in Den Haag halte man angesichts der noch laufenden Verhandlungen für unangemessen. Es nütze in einem solch schwierigen Fall nichts, wenn man sich wechselseitig

zu profilieren versuche. Man selbst unterstütze die Position der Bundesregierung, trotz der Ankündigungen der USA auf brüske Reaktionen zu verzichten.

Was den Antrag auf Drucksache 14/1234 anbelange, so lehne man ihn sowohl in seiner ursprünglichen Fassung wie auch in der geänderten Fassung (s.u.) ab, da sich die Berichterstattung ggf. auf den gesamten Bereich der erneuerbaren Energien beziehen müsse und formalisierte Berichtspflichten vielfach zu erheblichem Arbeitsaufwand in den betroffenen Ressorts führten, ohne dass auf die Dauer gesehen ein entsprechender Nutzen erreicht werde. Zudem werde der Aspekt der kurzfristigen Wirtschaftlichkeit in dem Antrag überbetont. Man selbst spreche sich dafür aus, sich zu einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt durch die Bundesregierung umfassend über dieses Thema unterrichten zu lassen, ohne dass man dies zu einer regelmäßigen Berichterstattung ausdehne.

Von Seiten der **Fraktion der CDU/CSU** wurde festgestellt, vor dem Hintergrund des Klimawandels und der Erderwärmung sei es bedauerlich, dass sich die Klimaschutzpolitik in einer Stagnationsphase befinde. Dies gelte sowohl global als auch national. Die von der Bundesregierung auf nationaler Ebene eingeleiteten Maßnahmen ließen im Hinblick auf eine CO₂-Emissionsminderung die ökologische Lenkungswirkung vermissen. Auch bleibe nach wie vor nicht geklärt, wie die Bundesregierung den Ausstieg aus der Kernenergie-nutzung CO₂-neutral gestalten wolle. Die von der Bundesregierung in die Wege geleiteten Maßnahmen zur Förderung der regenerativen Energien führten zu einer drastischen Verteuerung der Energiepreise, mit der die durch die Liberalisierung der Märkte erzielte Preissenkung vollständig aufgehoben werde. Besonders in den neuen Bundesländern habe dies auch erhebliche Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort.

Mit dem eigenen Antrag wolle man auf ein Gelingen der Verhandlungen in Bonn hinwirken und biete dabei auch die eigene Mithilfe an. Es sei richtig, den weiteren Verhandlungsprozess auch gegenüber den USA offen zu gestalten. Klimapolitik könne nur dann erfolgreich sein, wenn sie global organisiert und zum Erfolg gebracht werde. Man sei überzeugt, dass das gemeinsame Vorgehen der Europäischen Union in diesem Zusammenhang von besonderer Wichtigkeit sei. Dies setze aber dann auch voraus, dass die Bundesregierung, wie man dies im eigenen Antrag fordere, mehr Flexibilität und Durchschlagskraft zeige.

Von Seiten der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wurde darauf hingewiesen, die Fraktion der CDU/CSU kritisiere einerseits, dass für den Klimaschutz von der Bundesregierung zu wenig getan werde, rüge aber auf der anderen Seite alle von ihr in dieser Hinsicht ergriffenen Maßnahmen. Dies halte man für einen Widerspruch. Auch gehe aus vielen Gutachten hervor, dass sich die Klimaschutzziele sowohl mit als auch ohne Kernenergieerzeugung erreichen ließen. Angesichts eines Anteils der Kernenergie von 5 % am Welt-Primärenergieverbrauch lasse sich auch mit einer weiteren Nutzung dieser Energieerzeugungsart nicht dem drohenden Klimawandel begegnen, da hier Emissionsreduktionsquoten in der Größenordnung von 50 % und mehr erforderlich seien.

Was die internationalen Klimaverhandlungen anbelange, so spreche man sich dafür aus, gemeinsam mit den mittel- und

osteuropäischen Ländern, Russland und Japan zu einem Abschluss der Verhandlungen zu kommen, den USA aber den Zugang zum Abkommen offen zu halten. Wie sich jetzt zeige, gebe es dort auch andere Positionen als die des Präsidenten. Bei den jetzt anstehenden Verhandlungen sei es möglich, den einen oder anderen Kompromiss einzugehen, um eine möglichst große Basis für das Abkommen zu erreichen. Was nun zur Entscheidung anstehe, sei allerdings nur ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Entscheidend werde die nächste Verpflichtungsperiode ab dem Jahre 201 sein.

Von Seiten der **Fraktion der F.D.P.** wurde begrüßt, dass die europäischen Staaten und auch die EU deutlich signalisiert hätten, dass man die Äußerung des amerikanischen Präsidenten zum Kyoto-Protokoll nicht für sachadäquat halte. Man sei sich im Deutschen Bundestag darin einig, möglichst rasch zu einer Ratifizierung des Protokolls von Kyoto zu kommen. Gleichwohl müsse es innerstaatlich möglich sein, über die verschiedenen Maßnahmen zu streiten. Zwei Ebenen seien hier zu unterscheiden.

Im internationalen Bereich gelte es, die kommenden Verhandlungen in Bonn durch bilaterale Sondierungsgespräche mit den Regierungen der verschiedenen beteiligten Staaten vorzubereiten, wie man dies im eigenen Antrag gefordert habe. Was hierzu bislang vorgetragen worden sei, betrachte man als unzureichend. Man habe das dringende Anliegen zu vermeiden, dass die Verhandlungen zum Kyoto-Protokoll in Bonn scheiterten, da dies letztlich an Deutschland, das sich als Land sehr frühzeitig für den Klimaschutz eingesetzt habe, hängen bleibe.

National gesehen stiegen die CO₂-Emissionen trotz aller Maßnahmen, für die sich die neue Bundesregierung selbst lobte, an. Von Seiten der Fraktion der F.D.P. seien diese Maßnahmen nicht nur kritisiert worden, sondern man habe jeweils auch eigene Vorschläge unterbreitet. Als unzureichend empfinde man beispielsweise die Bemühungen zu Vorbereitung des Emissionszertifikatehandels. In andere Ländern wie den Niederlanden sei man hier schon erheblich weiter. Gerade wenn man mit den internationalen Verhandlungen zu den Kyoto-Mechanismen vorankommen wolle, müsse deutlich sein, dass man auch national entsprechend vorbereitet sei.

Was den Inhalt des Antrags auf Drucksache 14/1234 anbelange, so sei man bereit, die geäußerte Kritik aufzugreifen und bitte daher um Abstimmung zu einem Änderungsantrag mit folgenden drei Punkten:

1. Titeländerung:

statt „Solarbericht“ neu: „Bericht über die Förderung erneuerbarer Energien“

2. Neufassung der ersten beiden Absätze der Entschliebung:

statt „Die Bundesregierung wird aufgefordert, einen jährlichen Solarbericht vorzulegen, der über Forschung, Umsetzung und Perspektiven der Solarenergieversorgung kontinuierlich berichtet.

Der Bericht soll eine nach den Bereichen Solarthermie und Photovoltaik differenzierte Darstellung enthalten.“

neu:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, einen jährlichen Bericht vorzulegen, der über Forschung, Umsetzung und Perspektiven des Einsatzes und der Förderung erneuerbarer Energien kontinuierlich berichtet.

Der Bericht soll eine nach Energieträgerbereichen differenzierte Darstellung enthalten.“

3. Neufassung der Begründung:

statt „Die Bundesregierung räumt der Förderung der Solarenergie einen hohen Stellenwert ein. Um gegenüber der Öffentlichkeit darzustellen, welche Entwicklung die Solarenergie in Deutschland nimmt, welchen Stellenwert sie für die Energieversorgung, die wirtschaftliche Entwicklung und die Arbeitsplatzsituation hat, soll ein jährlicher Bericht erstellt werden. Diese Forderung ist auch von Naturschutzverbänden erhoben worden. In einem Solarbericht soll auch dokumentiert werden, wie die Fördermittel der Bundesregierung für Forschung, Entwicklung und Markteinführung der Solarenergie verwendet worden sind.“

neu:

„Die Bundesregierung räumt der Förderung regenerativer Energien einen hohen Stellenwert ein. Um gegenüber der Öffentlichkeit darzustellen, welche Entwicklung die Nutzung zugehöriger Techniken in Deutschland nimmt, welchen Stellenwert sie für die Energieversorgung, die wirtschaftliche Entwicklung und die Arbeitsplatzsituation hat, soll ein jährlicher Bericht erstellt werden. In dem Bericht soll auch dokumentiert werden, wie die Fördermittel der Bundesregierung für Forschung, Entwicklung und Markteinführung der erneuerbaren Energien verwendet worden sind.“

Von Seiten der **Fraktion der PDS** wurde vorgetragen, die beste Position habe man in den internationalen Verhandlungen zum Klimaschutz, wenn man Erfolge im eigenen Lande vorweisen könne. Leider seien aber auch in Deutschland im Jahr 2000 die CO₂-Emissionen wieder angestiegen. Dies müsse zu denken geben. Man liege zwar im Hinblick auf die internationalen Vereinbarungen noch im Plan. Zu erinnern sei aber daran, dass sich der Deutsche Bundestag einstimmig zu einer Minderung des CO₂-Ausstoßes um 25 % bis zum Jahre 2005 gegenüber dem Jahre 1990 bekannt habe. Das Europäische Parlament habe in seiner Entschließung zur Strategie der Kommission für die Konferenz in Den Haag viele Empfehlungen gegeben, die Handlungsanleitung für das weitere Vorgehen sein könnten. Angesichts der Unsicherheiten im Zusammenhang mit den flexiblen Mechanismen spreche man sich selbst aber für eine Obergrenze von 30 % und nicht 50 % des jeweiligen Emissionsminderungsvolumens aus.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 14/4887 abzulehnen.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.,

dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 14/4890 abzulehnen.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F .D.P. und PDS, den von Seiten der Fraktion der F .D.P. gestellten Änderungsantrag zum Antrag auf Drucksache 14/1234 (s. o.) abzulehnen.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F .D.P. dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 14/1234 abzulehnen.

Berlin, den 30. Mai 2001

Monika Ganseforth
Berichterstatterin

Bernward Müller (Jena)
Berichterstatter

Dr. Reinhard Loske
Berichterstatter

Birgit Homburger
Berichterstatterin

Eva-Maria Bulling-Schröter
Berichterstatterin

